

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: **09.06.2021**

von: **16:00 Uhr**

bis: **17:04 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Stv Weber, Frank	- als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Boller, Joachim	
Stv Groß, Michael	
Stv Keßler, Silvia	
Stv Klein, Henning	
Stv Klein, Marc	
Stv Könen, Wolfgang Max	- für Stv Walter, Klaus Volker
Stv Molzberger, Adhemar	
Stv Rujanski, Detlef	
Stv Schiltz, Ingmar	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Steffe, Roland	
Stv Tigges, Johannes	
Stv Wittenburg, Samuel	

II. Von der Verwaltung:

StK Cavelius
StBR Schumann
StR Fries
Dezernent Schmidt
Städt. VD Werthenbach
VA Dr. Schutz
StOI Pfeifer - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Bürgermeister Mues, Steffen	entschuldigt	
Stv Walter, Klaus Volker	vertreten durch	Stv Könen, Wolfgang Max

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 12.05.2021

Es liegen keine Hinweise vor.

3. HFA 09.06.2021

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

3. HFA 09.06.2021

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

3. HFA 09.06.2021

4. Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI; hier: Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung

Vorlage Nr. VL 346/2021

Seitens der Fraktion B'90/Grüne teilt man im Großen und Ganzen die Kritik der Verwaltung an den Fehlern im Regionalplan, so Herr Boller. Man ist jedoch der Meinung, dass einige Punkte in der Stellungnahme fehlen. Dazu gehört unter anderem der Siegerlandflughafen, der zwar nicht auf dem Gebiet der Stadt Siegen liegt, jedoch müssen die dort entstehenden Defizite über Umlagen wieder mitfinanziert werden. Auch die Route 57 sollte erwähnt werden, welche hinsichtlich der Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs nicht mehr sinnvoll erscheint. Auch kann man den Autobahnanschluss Siegen-Seelbach nicht unterstützen, da man das dort angedachte Gewerbegebiet nicht befürwortet.

Hinsichtlich der Ausführungen in der Stellungnahme kann man Aussage, der Regionalplan würde die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten der Kommune einschränken nicht nachvollziehen, da es z. B. nach Aussage von Herrn Schumann im AfULE im Hinblick auf den sozialen Wohnungsbau keine Einschränkungen gibt. Problematisch sieht man auch die Forderung der Verwaltung von der Beschränkung auf störendes Gewerbe abzusehen. Man möchte in der Martinshardt nur störendes Gewerbe ansiedeln. Die Stellungnahme in diesem Punkt kann man daher nicht mittragen.

Herr Schumann wendet ein, dass durch den fehlenden städtischen Bezug die Themen Siegerlandflughafen und Route 57 auch keine Erwähnung in der Stellungnahme finden können. Bezüglich des möglichen Autobahnanschluss in Oberschelden/Seelbach agiert man aufgrund der politischen Beschlusslage. Die weiteren Themen wurden bereits in den Fachausschüssen ausgiebig diskutiert.

Herr Groß kündigt Änderungsanträge für die Sitzung des Rates an, mit dem Ziel die Stellungnahme der Stadt Siegen zu verändern.

Herr Marc Klein findet, dass die Stellungnahme der Verwaltung ausführlich ist. Daraus geht hervor, dass die Zuarbeiten der Verwaltung zum Entwurf des Regionalplans mit großem Aufwand betrieben wurden, um so ärgerliche sind viele Punkte die dort aufgeführt wurden. Die Koalition stimmt der Vorlage zu.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Informationen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan für den Märkischen Kreis und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen (B'90, Die Linke, Volt)

5. Haushalt 2020
- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2021

Vorlage Nr. VL 389/2021

Die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen sind in der Vorlage ausführlich dargestellt, so Herr Cavelius. Es wird dabei jedoch besonders darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Siegen im Haushalt 2022 insbesondere hinsichtlich der Investitionen Zurückhaltung auferlegen muss. Die Umsetzung der Maßnahmen muss bei den vorhandenen Ressourcen zeitlich möglich bleiben. Starken Einfluss darauf haben natürlich auch die Zuweisungsprogramme mit ihren jeweiligen Auflagen und Vorgaben.

Herr Boller sieht in der Problematik der Umsetzung der Investitionen ein ernstes Problem, da durch fehlende oder verzögerte Umsetzung von Maßnahmen die zugrundeliegenden politischen Beschlüsse ausgehebelt werden. Es sollte versucht werden die Investitionen seriös zu veranschlagen, sodass nur tatsächlich machbare Maßnahmen eingeplant werden.

Herr Cavelius kann dies gut nachvollziehen, da die Veranschlagung von Maßnahmen ein gewisses Versprechen darstellt und es bei Nichtumsetzung zu Enttäuschungen kommt. Hier sollte man versuchen die Projekte realistisch auf der Zeitachse zu verschieben.

Herr Bertelmann kann dies nur unterstützen, da in den vergangenen Jahren viele Maßnahmen eingeplant wurden, was die Verwaltung unter Druck setzte und bei fehlender Umsetzung zur Enttäuschung der Bürger führte. Er plädiert für mehr Zurückhaltung in der nächsten Haushaltsplanung.

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß den Anlagen 1 a, 1 b (Ergebnisplan), 2 a und 2 b (Investitionen, Rückstellungen) zur Kenntnis.*

3. HFA 09.06.2021

- 6. 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte**
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Zusammenfassende Prüfung (Abwägung) aller im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen
- Beschluss der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen
- Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Vorlage Nr. VL 354/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die während der öffentlichen Auslegungen und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" eingegangenen Stellungnahmen (Anlagen 2 und 3) gemäß Anlage 4 und 5 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung;
- die 100. Änderung des Flächennutzungsplanes samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 6 - 8 in der Fassung vom 26.04.2021;
- den Bebauungsplan Nr. 419 samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 9 - 11 in der Fassung vom 26.04.2021 als Satzung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. HFA 09.06.2021

7. 2. Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung

Vorlage Nr. VL 353/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beruft für die zweite Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung nachstehende Personen als ordentliche Mitglieder

1. Thomas Knüvener
2. Patricia Merkel
3. Ulrike Platz
4. Christoph Menzel
5. Prof. Antje Freiesleben

sowie als stellvertretendes Mitglied

6. Rüdiger Karzel

und nimmt die aktualisierte Geschäftsordnung zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. HFA 09.06.2021

8. Widmung Adolf-Wurmbach-Straße in Geisweid

Vorlage Nr. VL 377/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Widmung der Adolf-Wurmbach-Straße (Gemarkung Geisweid, Flur 3, Flurstück 1318) in Geisweid.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**3. HFA 09.06.2021****9. Beteiligung der Stadt Siegen an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH – Erhöhung des Stammkapitals**

Vorlage Nr. VL 381/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Kapitalerhöhung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH um 200.000 EURO unter Ausschluss eines Bezugsrechtes für ihre bisherigen kommunalen Gesellschafter zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**3. HFA 09.06.2021****10. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -**

Vorlage Nr. VL 391/2021

Herr Schmidt bittet zunächst um Verständnis hinsichtlich des ungewöhnlichen Beratungsganges und erklärt dies mit der zeitlichen Dringlichkeit. Schulpolitisch ist diese Maßnahme schon mehrfach angesprochen worden. Insbesondere im Stadtteil Geisweid gibt es sehr hohe Zuwächse der Kinderzahlen. Diese Zuwächse waren nicht absehbar, die Prognosen der letzten Jahre haben dies nicht angezeigt. Die Entwicklung ist erst seit 1-2 Jahren erkennbar. Insgesamt gibt es in allen drei Grundschulen in Geisweid ein Platzproblem. Gemeinsam mit den Schulleitungen und der Schulaufsicht wurden daher verschiedene Lösungen diskutiert. Der Ausbau der Albert-Schweitzer Schule wird aufgrund mehrerer Voraussetzungen vorgeschlagen. Zunächst ist dies die Schule, die mittig innerhalb der Bezirke mit Kapazitätsproblemen liegt. Wenn man weiterhin die wohnortnahe Beschulung mit kurzen Schulwegen ermöglichen will, bietet sich dieser Standort an. Die in Geisweid vorhandenen Schulgebäude haben bereits jetzt Kapazitätsprobleme. Der Schulraum wird daher spätestens im Schuljahr

22/23 benötigt. Mit den Schulleitungen werden für dieses Jahr noch Provisorien organisiert. Dies macht jedoch deutlich, dass eine kurzfristige Lösung benötigt wird, weshalb man die Containerlösung angeht. Die Fläche an sich wurde bereits mehrmals für Containeraufbauten genutzt, ist also dafür geeignet. Perspektivisch ist dies nur eine Übergangslösung. Aktuell diskutiert man parallel zwei Perspektiven, zum einen den Anbau an das bestehende Gebäude der Albert-Schweitzer Schule und zum anderen eine Teilstandortlösung am Rüsterweg. Beide Vorschläge wird man erarbeiten und dann den Gremien vorstellen. Bis dahin wird die Übergangslösung benötigt. Die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen sind über den Vorgang bereits informiert.

Herr Sondermann findet, dass die Vorlage verdeutlicht, dass nicht alles planbar ist. Fakt ist, dass der Containerbau benötigt wird. Fraglich wäre nun nur noch, ob man diese kaufen oder anmieten soll. Dies ist wirtschaftlich zu betrachten und da die genaue Nutzungsdauer nicht planbar ist, plädiert er für den Kauf und somit dafür der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Herr Wittenburg führt an, dass die Schulleitung Bedenken hinsichtlich der kommenden Größe der Schule geäußert habe. Er erkundigt sich, ob dies in den Überlegungen berücksichtigt wurde bzw. für die Zukunft berücksichtigt wird. Die vorgeschlagene Maßnahme ist seiner Meinung nach alternativlos.

Die SPD-Fraktion kann die Dringlichkeit nachvollziehen und wir der Vorlage zustimmen, so Herr Schiltz. Wegen der Unabwägbarkeit der noch anstehenden Baumaßnahme hält man den Kauf der Container für die bessere Alternative.

Die Vorlage und die Dringlichkeit kann man nachvollziehen, so Herr Boller. Problematisch sieht man jedoch den energetischen Standard der Container an. Man hält den Kauf für richtig, dabei sollte jedoch der optimale energetische Standard gewählt werden.

Wenn der Kauf der Container erfolgt, dann sollten diese auch entsprechende Standards bzw. ein entsprechendes Niveau erfüllen, da dies über einige Jahre Auswirkungen auf die Schüler, die Beschulung und auch den Stadtteil haben wird, so gibt Herr Schmidt die Aussage des Bürgermeisters wieder. Der Kauf stellt sich als wirtschaftlicher dar, sobald man nur ein paar Monate über dem geschätzten Nutzungszeitraum liegen würde, was bei der derzeitigen Bau-situation durchaus vorkommen kann. Außerdem bietet der Kauf die Option die Container nachher entweder an anderer Stelle weiter zu nutzen oder weiter zu verkaufen da diese aufgrund der Qualität eine längere Nutzungsdauer haben. Die Größe von Grundschulen ist in der Politik in der Vergangenheit bereits häufig diskutiert worden. Er sieht die Vorteile von kleinen wohnortnahen Grundschulen wobei jedoch je nach Situation auch größere Systeme sinnvoll sind. Diesen Abwägungsprozess wird man perspektivisch hinsichtlich der endgültigen Lösungen diskutieren müssen. Die Kritik der Geisweider Schulleitungen bezog sich hauptsächlich darauf, dass sich die Verwaltung auf einen Standort fokussiert. Der Ausbau aller drei Grundschulen lässt sich jedoch absehbar nicht umsetzen sodass es realistisch ist zunächst diesen Standort anzugehen.

Ob eine Verbesserung des energetischen Standards möglich ist müsste man erfragen, so Herr Schumann. Man hat sich jedoch bereits bewusst gegen eine Unterschreitung des gesetzlichen Standards entschieden, obwohl dies aufgrund der geringen Standzeit möglich wä-

re. Er nimmt den Wunsch dahingehend jedoch mit. Gestalterisch möchte man sich bei der Außenfassade von der Containeroptik lösen und diese ansprechend gestalten, sofern diese Kosten mitgetragen werden.

Herr Bertelmann signalisiert seine Zustimmung zur Vorlage. Bei einer Containerlösung sollte auch auf eine optisch attraktive Gestaltung geachtet werden für eine bessere Akzeptanz. Es sollte nicht der Eindruck einer Notlösung entstehen. Gleichzeitig sollte versucht werden, den Zeitraum soweit wie möglich zu begrenzen und die Alternativen zeitnah umzusetzen.

Herr Groß macht auf einige problematische Containerlösungen aufmerksam, welche zu Dauerzuständen geworden sind. Er ist der Meinung, dass allerspätestens 2023 die Pläne für eine Alternative beschlossen werden müssen, wenn man den angedachten Zeitrahmen tatsächlich ernst meine. Dies sollte man mit dem Beschluss heute bereits festlegen. Er bringt den Hinweis ein, dass man die noch nicht lange geschlossene und damals noch recht frisch sanierte Hüttentalschule für die Gesamtlage in Geisweid nochmals in die Überlegungen einbeziehen sollte.

Herr Schumann verdeutlicht, dass es auch bei konsequenter Planung und Umsetzung von großen Schulbauprojekten trotz problemlosem Ablauf ca. 4-5 Jahre benötigt werden. Man braucht daher die Containerlösung, da es nicht realistisch wäre einen Anbau für in 2 Jahren zuzusagen. Eine Mitarbeiterin arbeitet bisher ca. 1 Jahr an der Maßnahme. Erst nach der Umsetzung kann die Mitarbeiterin sich an die Planung eines Erweiterungsbaus begeben. Dies kann man im Arbeitsprogramm so vorsehen sofern von der Politik mit anderen Maßnahmen nicht andere Prioritäten gesetzt werden.

Herr Schmidt findet es schwierig, den aktuellen Vorschlag mit der Vergangenheit zu vergleichen, da sich der Containerbau qualitativ weiterentwickelt hat wofür ebenfalls positive Beispiele in Siegen zu finden sind. Es ist der Wille eine gute und ansprechende Lösung zu installieren, die jedoch zeitlich befristet sein wird. Insofern müssen der finanzielle Aufwand, die Nutzungsdauer und die Qualität abgewogen werden und zusammen passen. Bezüglich der Hüttentalschule macht er deutlich, dass die Schließung nicht aufgrund zu geringer Kinderzahlen sondern aufgrund der fehlenden Anmeldungen durch die Eltern erfolgte. Die Schulaufsicht hat daher eine Schließung auferlegt. Auch die Teilstandortlösung wurde daraufhin nicht von den Eltern angenommen. Dieser Standort ist nun durch politischen Beschluss für den Ausbau zu einer Kindertageseinrichtung vorgesehen. Dies kann nun nicht einfach rückgängig gemacht werden.

Herrn Groß ist der Ausbau der Kita bekannt, jedoch ist die dafür notwendige Baumaßnahme noch nicht begonnen worden, sodass man den Beschluss aufgrund der aktuellen Entwicklung auch nochmal ändern könnte. Mit seinem Vorschlag wollte er nur die Haltung der Verwaltung, die ja besagt dass der Containerstandort keine Dauerlösung sein soll, konkretisieren weshalb er appelliert mit der Planung in 2023 zu beginnen. In 2023 müssen die Weichen für die endgültige Lösung gestellt werden. Es darf nicht passieren, dass eine Containerlösung, die nur für eine kurze Zeit angedacht, ist über mehrere Jahre hinaus benötigt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. HFA 09.06.2021